

EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004



2009

Plenarsitzungsdokument

**ENDGÜLTIG
A6-0016/2004**

14.10.2004

BERICHT

über den Vorschlag für einen Beschluss des Rates über den Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über Regelungen, die denen der Richtlinie 2003/48/EG des Rates vom 3. Juni 2003 im Bereich der Besteuerung von Zinserträgen gleichwertig sind

(KOM(2004)0569 – C6-0121/2004 – 2004/0191(CNS))

Ausschuss für Wirtschaft und Währung

Berichterstatte: Jean-Paul Gauzès

Erklärung der benutzten Zeichen

- * Verfahren der Konsultation
Mehrheit der abgegebenen Stimmen
- **I Verfahren der Zusammenarbeit (erste Lesung)
Mehrheit der abgegebenen Stimmen
- **II Verfahren der Zusammenarbeit (zweite Lesung)
*Mehrheit der abgegebenen Stimmen zur Billigung des
Gemeinsamen Standpunkts*
*Absolute Mehrheit der Mitglieder zur Ablehnung oder Abänderung
des Gemeinsamen Standpunkts*
- *** Verfahren der Zustimmung
*Absolute Mehrheit der Mitglieder außer in den Fällen, die in
Artikel 105, 107, 161 und 300 des EG-Vertrags und Artikel 7 des
EU-Vertrags genannt sind*
- ***I Verfahren der Mitentscheidung (erste Lesung)
Mehrheit der abgegebenen Stimmen
- ***II Verfahren der Mitentscheidung (zweite Lesung)
*Mehrheit der abgegebenen Stimmen zur Billigung des
Gemeinsamen Standpunkts*
*Absolute Mehrheit der Mitglieder zur Ablehnung oder Abänderung
des Gemeinsamen Standpunkts*
- ***III Verfahren der Mitentscheidung (dritte Lesung)
*Mehrheit der abgegebenen Stimmen zur Billigung des
gemeinsamen Entwurfs*

(Die Angabe des Verfahrens beruht auf der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Änderungsanträge zu Legislativtexten

Die vom Parlament vorgenommenen Änderungen werden durch Fett- und Kursivdruck hervorgehoben. Wenn Textteile mager und kursiv gesetzt werden, dient das als Hinweis an die zuständigen technischen Dienststellen auf solche Teile des Legislativtextes, bei denen im Hinblick auf die Erstellung des endgültigen Textes eine Korrektur empfohlen wird (beispielsweise Textteile, die in einer Sprachfassung offenkundig fehlerhaft sind oder ganz fehlen). Diese Korrektorempfehlungen bedürfen der Zustimmung der betreffenden technischen Dienststellen.

INHALT

	Seite
ENTWURF EINER LEGISLATIVEN ENTSCHEIDUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS	4
BEGRÜNDUNG	5
VERFAHREN	8

ENTWURF EINER LEGISLATIVEN ENTSCHEIDUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

zu dem Vorschlag für einen Beschluss des Rates über den Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über Regelungen, die denen der Richtlinie 2003/48/EG des Rates vom 3. Juni 2003 im Bereich der Besteuerung von Zinserträgen gleichwertig sind (KOM(2004)0569 – C6-0121/2004 – 2004/0191(CNS))

(Verfahren der Konsultation)

Das Europäische Parlament,

- in Kenntnis des Vorschlags für einen Beschluss des Rates (KOM(2004)0569)¹,
 - in Kenntnis des Entwurfs eines Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über Regelungen, die denen der Richtlinie 2003/48/EG des Rates vom 3. Juni 2003 im Bereich der Besteuerung von Zinserträgen gleichwertig sind,
 - gestützt auf Artikel 94 und Artikel 300 Absatz 2 erster Unterabsatz des EG-Vertrags,
 - gestützt auf Artikel 300 Absatz 3 erster Unterabsatz des EG-Vertrags, gemäß dem es vom Rat konsultiert wurde (C6-0121/2004),
 - gestützt auf Artikel 51 und Artikel 83 Absatz 7 seiner Geschäftsordnung,
 - in Kenntnis des Berichts des Ausschusses für Wirtschaft und Währung (A6-0016/2004),
1. stimmt dem Abschluss des Abkommens zu;
 2. beauftragt seinen Präsidenten, den Standpunkt des Parlaments dem Rat und der Kommission sowie den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten und dem Fürstentum Liechtenstein zu übermitteln.

¹ Noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht.

BEGRÜNDUNG

I. Vorgeschichte

Angesichts einer fehlenden Koordination der nationalen Systeme zur Besteuerung von Zinserträgen und der damit einhergehenden Möglichkeit, dass Gebietsansässige in den Mitgliedstaaten in ihrem Wohnsitzstaat jeder Form der Besteuerung von Zinserträgen aus einem anderen Staat entgehen können, war beschlossen worden, eine Richtlinie vorzubereiten, mit der dieser Zustand behoben werden soll, der die Entwicklung eines schädlichen Steuerwettbewerbs begünstigt, da die Kapitalflüsse hin zu Ländern tendieren, die nicht Mitglied der Europäischen Union sind und über ungewöhnlich niedrige Steuersätze verfügen. Aufgrund fehlender Informationen zu diesen Erträgen wird das ordnungsgemäße Funktionieren des Binnenmarkts beeinträchtigt.

In diesem Zusammenhang hat der Rat die Kommission durch Beschluss vom 16. Oktober 2001 ermächtigt, mit der Schweiz, den Vereinigten Staaten von Amerika, Andorra, Liechtenstein, Monaco und San Marino entsprechende Abkommen auszuhandeln, um zu gewährleisten, dass diese Länder Maßnahmen verabschieden, die denjenigen, die innerhalb der Gemeinschaft Anwendung finden werden, gleichwertig sind, um eine tatsächliche Besteuerung von Zinserträgen in Form von Zinszahlungen zu gewährleisten.

Der Rat hat daher am 3. Juni 2003 die Richtlinie 2003/48/EG im Bereich der Besteuerung von Zinserträgen angenommen. Diese Richtlinie sieht ein System des Informationsaustausches vor, dessen Anwendung ursprünglich auf den 1. Januar 2005 festgesetzt worden war.

Drei Mitgliedstaaten (Österreich, Belgien, Luxemburg) haben Bedingungen an diese Aufhebung des Bankgeheimnisses geknüpft. Sie erreichten die Einführung eines Übergangszeitraums, während dessen sie ermächtigt sind, anstelle der Durchführung des vorgesehenen Informationsaustausches eine Steuer zu erheben.

Der Rat hat bereits ein Abkommen über die Besteuerung von Zinserträgen mit der Schweiz abgeschlossen. Wie die Abkommen in Bezug auf Andorra und Liechtenstein umfasst auch dieses Abkommen vier Bestandteile: mit dem Wohnsitzstaat geteilte Quellensteuer, freiwillige Weitergabe von Informationen auf Betreiben des Empfängers der Erträge, Klausel bezüglich einer erneuten Prüfung, Fortschritte im Bereich des Austauschs von Erkenntnissen bei Steuerbetrug.

Die Abkommen mit Andorra und Liechtenstein wurden dem Rat im Hinblick auf deren Annahme unterbreitet. Das Abkommen in Bezug auf Liechtenstein wird durch ein Protokoll über ein Zusatzabkommen zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und der Europäischen Gemeinschaft ergänzt. In Bezug auf Andorra wird das Abkommen durch eine zusätzliche gemeinsame Absichtserklärung zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und dem Fürstentum Andorra andererseits ergänzt. Gemäß den Schlussfolgerungen des Rates der Wirtschafts- und Finanzminister vom 21. Januar 2003 wird in diesen beiden Texten bekräftigt, dass die Europäische Gemeinschaft im Laufe der in der Richtlinie 2003/48/EG des Rates vom 3. Juni 2003 vorgesehenen Übergangsfrist Gespräche mit weiteren bedeutenden Finanzzentren aufnehmen wird, um zu erreichen, dass diese

Maßnahmen ergreifen, die mit denjenigen, die von der Gemeinschaft angewendet werden müssen, gleichwertig sind.

Der Rat hat eine politische Einigung zu dem Text zum Ausdruck gebracht. Nunmehr wird das Europäische Parlament konsultiert.

II. Bemerkungen des Berichterstatters

Ihr Berichterstatter ist der Auffassung, dass die Abkommen, die Gegenstand des Vorschlags für einen Beschluss des Rates sind, in technischer Hinsicht zufriedenstellend sind. Außerdem handelt es sich um einen wichtigen Schritt auf politischer Ebene. Er schlägt daher keine Änderungsanträge vor.

Die Abkommen werden dazu führen, dass die betreffenden Länder garantiert Maßnahmen ergreifen, die denjenigen gleichwertig sind, die innerhalb der Europäischen Union für eine tatsächliche Besteuerung von Zinserträgen in Form von Zinszahlungen in einem Staat für Empfänger mit Wohnsitz in einem anderen Staat angewendet werden müssen. Dieses System wird eine wirksame Besteuerung ermöglichen, die notwendig ist, um einen schädlichen Steuerwettbewerb zu bekämpfen und zur Verbesserung des Funktionierens des Binnenmarkts beizutragen. Um dieses Ziel zu erreichen, erweist sich der in diesem Abkommen vorgesehene automatische Informationsaustausch zwischen den Steuerbehörden als geeignetes Mittel.

Es ist wichtig, dass die Verhandlungen mit den Drittländern rechtzeitig abgeschlossen werden. Die Verhandlungen mit der Schweiz sind mittlerweile abgeschlossen; jene mit San Marino und Monaco sollen alsbald abgeschlossen werden. In Bezug auf die Vereinigten Staaten von Amerika lässt der derzeitige Rahmen der bilateralen Beziehungen mit den Mitgliedstaaten im Bereich der Besteuerung den Schluss zu, dass gleichwertige Maßnahmen bereits vorhanden sind.

Die Umsetzung dieser Reihe von Abkommen war ursprünglich für den 1. Januar 2005 vorgesehen. Durch Beschluss des Rates vom 19. Juli 2004 wurde sie jedoch auf den 1. Juli 2005 verlegt, wobei die verschiedenen Voraussetzungen für die Umsetzung bis zu diesem Datum erfüllt sein müssen. Es ist wichtig, dass dieses Datum beachtet wird, damit das gesamte System unter ordnungsgemäßen Voraussetzungen angewendet werden kann.

Es sei darauf hingewiesen, dass das Fürstentum Andorra nicht mehr auf der Liste der nicht kooperativen Länder aufgeführt ist, die von der Arbeitsgruppe Finanzielle Maßnahmen gegen Geldwäsche (GAFI) regelmäßig veröffentlicht wird. Wir begrüßen die Bemühungen des Fürstentums im Hinblick auf die Einführung einer steuerrechtlichen Transparenz und einer echten justiziellen Zusammenarbeit, die es ermöglichen, Steuerbetrug und Geldwäsche zu bekämpfen. Das Fürstentum Liechtenstein seinerseits erscheint seit Juni 2001 nicht mehr auf der Liste der nicht kooperativen Länder. Seit dieser Zeit hat das Fürstentum weitere wichtige Fortschritte in diesem Bereich erzielt, insbesondere durch die Anwendung eines steuerrechtlichen Verhaltenskodex, mit dem die 40 Empfehlungen der Arbeitsgruppe Finanzielle Maßnahmen gegen Geldwäsche umgesetzt werden.

Dennoch ist Ihr Berichterstatter der Ansicht, dass sowohl Andorra als auch Liechtenstein, die sich beide dafür entschieden haben, einen Teil ihres Wohlstands auf der Entwicklung der Finanzdienste aufzubauen, auch weiterhin die Spielregeln beachten und ihre Zusammenarbeit

bei der Bekämpfung von Geldwäsche weiter ausbauen müssen.

VERFAHREN

Titel	Vorschlag für einen Beschluss des Rates über den Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über Regelungen, die denen der Richtlinie 2003/48/EG des Rates vom 3. Juni 2003 im Bereich der Besteuerung von Zinserträgen gleichwertig sind
Bezugsdokumente – Verfahrensnummer	KOM(2004)0569 – C6-0121/2004 – 2004/0191(CNS)
Rechtsgrundlage	Art. 300 Abs. 3 Unterabs. 1 EGV
Grundlage in der Geschäftsordnung	Art. 51 und Art. 83 Abs. 7
Datum der Konsultation des EP	23.9.2004.
Federführender Ausschuss Datum der Bekanntgabe im Plenum	ECON 13.10.2004
Mitberatende(r) Ausschuss/Ausschüsse Datum der Bekanntgabe im Plenum	- -
Nicht abgegebene Stellungnahme(n) Datum des Beschlusses	– –
Verstärkte Zusammenarbeit Datum der Bekanntgabe im Plenum	– –
Berichterstatter(in/innen) Datum der Benennung	Jean-Paul Gauzès 19.9.2004
Ersetzte(r) Berichterstatter(in/innen)	–
Vereinfachtes Verfahren Datum des Beschlusses	– –
Anfechtung der Rechtsgrundlage Datum der Stellungnahme JURI	– –
Änderung der Mittelausstattung Datum der Stellungnahme BUDG	– –
Konsultation des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses Datum des Beschlusses des Plenums	–
Konsultation d. Ausschusses d. Regionen Datum des Beschlusses des Plenums	–
Prüfung im Ausschuss	7.10.2004
Datum der Annahme	7.10.2004
Ergebnis der Schlussabstimmung	Ja-Stimmen: 23 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Pervenche Berès, José Manuel García-Margallo y Marfil, Guntars Krasts, John Purvis, Zsolt László Becsey, Udo Bullmann, Ieke van den Burg, David Casa, Manuel António dos Santos, Elisa Ferreira, Jean-Paul Gauzès, Benoît Hamon, Ian Stewart Hudghton, Sophia Helena In 't Veld, Wolf Klinz, Cristóbal Ricardo Montoro Romero, Alexander Radwan, Antolín Sánchez Presedo
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter(innen)	Katerina Batzeli, Mia De Vits, Harald Ettl, Thomas Mann, Diamanto Manolakou
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 178 Abs. 2)	-

Datum der Einreichung - A6	14.10.2004	A6-0016/2004
-----------------------------------	------------	--------------